

Auftragsbekanntmachung

Dienstleistungen

Richtlinie 2014/24/EU

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber

I.1) **Name und Adressen**

Stadt Recklinghausen
Rathausplatz 3/4
Recklinghausen
45657
Deutschland
Kontaktstelle(n): FB 10.4.1.V
Telefon: +49 2361500
E-Mail: vergabe@recklinghausen.de
Fax: +49 2361502325
NUTS-Code: DEA36
Internet-Adresse(n):
Hauptadresse: www.recklinghausen.de

I.2) **Gemeinsame Beschaffung**

I.3) **Kommunikation**

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: <https://www.evergabe.nrw.de/VMPCenter/notice/CXPSYD4YFVG>
Weitere Auskünfte erteilen/erteilt die oben genannten Kontaktstellen
Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen elektronisch via: <https://www.evergabe.nrw.de/VMPCenter/notice/CXPSYD4YFVG>
Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen an die oben genannten Kontaktstellen

I.4) **Art des öffentlichen Auftraggebers**

Regional- oder Kommunalbehörde

I.5) **Haupttätigkeit(en)**

Allgemeine öffentliche Verwaltung

Abschnitt II: Gegenstand

II.1) **Umfang der Beschaffung**

II.1.1) **Bezeichnung des Auftrags:**

Generalentwässerungsplan Quellberg
Referenznummer der Bekanntmachung: V338 17

II.1.2) **CPV-Code Hauptteil**

71300000

II.1.3) **Art des Auftrags**

Dienstleistungen

II.1.4) **Kurze Beschreibung:**

Aufstellung des Generalentwässerungsplanes Quellberg (Ist-, Prognose- und Sanierungsberechnung, Dokumentation), genehmigungsfähige Planung

- II.1.5) **Geschätzter Gesamtwert**
Wert ohne MwSt.: 226 002.50 EUR
- II.1.6) **Angaben zu den Losen**
Aufteilung des Auftrags in Lose: nein
- II.2) **Beschreibung**
- II.2.1) **Bezeichnung des Auftrags:**
- II.2.2) **Weitere(r) CPV-Code(s)**
- II.2.3) **Erfüllungsort**
NUTS-Code: DEA36
Hauptort der Ausführung:
Stadt Recklinghausen ; Rathausplatz 3/4 ; 45657 ; Recklinghausen
- II.2.4) **Beschreibung der Beschaffung:**
Aufstellung des Generalentwässerungsplanes Quellberg (Ist-, Prognose- und Sanierungsberechnung, Dokumentation), genehmigungsfähige Planung
- II.2.5) **Zuschlagskriterien**
Der Preis ist nicht das einzige Zuschlagskriterium; alle Kriterien sind nur in den Beschaffungsunterlagen aufgeführt
- II.2.6) **Geschätzter Wert**
- II.2.7) **Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems**
Beginn: 01/04/2018
Ende: 28/02/2019
Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein
- II.2.9) **Angabe zur Beschränkung der Zahl der Bewerber, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden**
Geplante Mindestzahl: 3
Höchstzahl: 5
Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:
Die Teilnahmeanträge werden nach der Bewertungsmatrix, welche interessierte Unternehmen in den zur Verfügung gestellten Unterlagen einsehen können, ausgewertet.
- II.2.10) **Angaben über Varianten/Alternativangebote**
Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein
- II.2.11) **Angaben zu Optionen**
Optionen: nein
- II.2.12) **Angaben zu elektronischen Katalogen**
- II.2.13) **Angaben zu Mitteln der Europäischen Union**
Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein
- II.2.14) **Zusätzliche Angaben**
- Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben**
- III.1) **Teilnahmebedingungen**
- III.1.1) **Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister**

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

Es werden Eigenerklärungen zu den Ausschlussgründen i.S.d. §§ 123, 124 GWB gefordert.

Angabe der entsprechenden Registerstelle (Registergericht bzw. Handwerkskammer) und der Registernummer bzw. Nummer der Handwerksrolle sowie der Mitgliedschaft in der Berufsgenossenschaft; zur Nachweisführung genügt die Angabe der

entsprechenden Registerstelle (Registergericht bzw. Handwerkskammer) und der Registernummer bzw.

Nummer der Handwerksrolle sowie der Mitgliedsnummer der Berufsgenossenschaft in einer Eigenerklärung im vorgegebenen Formular für den Teilnahmeantrag.

III.1.2) **Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit**

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

Gesamtumsatz des Unternehmens in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren;

zur Nachweisführung genügt eine Eigenerklärung zu den entsprechenden

Umsätzen in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren im vorgegebenen

Formular für den Teilnahmeantrag.

Der Auftraggeber behält sich vor, bei begründeten Zweifeln an der Richtigkeit der

Eigenerklärung von den in die engere Wahl genommenen Bietern im Wege der

Aufklärung die Vorlage geprüfter Jahresabschlüsse oder vergleichbarer Nachweise

(z. B. Steuerberaterbescheinigung) zu verlangen. Beruft sich der Bieter im Wege der

Eignungsleihe zum Nachweis seiner wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit

auf den Umsatz anderer Unternehmen (§ 47 VgV), so wird gemäß § 47 Abs.

3 VgV vorgeschrieben, dass diese Unternehmen gemeinsam mit dem Bieter für die

Auftragsausführung haften.

III.1.3) **Technische und berufliche Leistungsfähigkeit**

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

a) Referenzliste über die Ausführung von vergleichbaren Leistungen im Bereich der

Abbruchplanung innerhalb der letzten drei Jahre, bei denen die Entwurfs- und

Genehmigungsplanung, die Ausführungsvorbereitung/-planung sowie die örtliche

Bauüberwachung gem. HOAI Anlage 2, Nr. 2.8.8 und die Objektüberwachung gem. §

34 Abs. 3 Nr. 8 HOAI 2013 ausgeführt wurden bzw. zur Ausführung kommen für

Baumaßnahmen mit einem Baukostenvolumen von netto mindestens 1,0 Mio. EUR; zur

Nachweisführung genügt die Vorlage einer entsprechenden Referenzliste mit

Angaben zum Auftraggeber, zum Ansprechpartner mit Telefonnr. oder E-Mail-

Adresse, zu Art und Umfang der ausgeführten Leistung, zur Honorarsumme und zum

Ausführungszeitraum; der Auftraggeber behält sich vor, von den in die engere Wahl

genommenen Bietern Bescheinigungen über die ordnungsgemäße Ausführung und

das Ergebnis zu verlangen;

b) Anzahl der in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren jahresdurchschnittlich

beschäftigten qualifizierten Arbeitskräfte; zur Nachweisführung genügt eine

Eigenerklärung zur Anzahl der jahresdurchschnittlich beschäftigten qualifizierten

Arbeitskräfte;

c) Qualifikation "Sachkunde nach TRGS 519" oder gleichwertige Qualifikation; zur

Nachweisführung genügt die Vorlage des Sachkundenachweises oder eines

gleichwertigen Nachweises in Kopie;

d) Angabe, welche Teile des Auftrags der Bieter unter Umständen als Unteraufträge

zu vergeben beabsichtigt; die Nachweisführung erfolgt durch eine Nachunternehmererklärung

mit genauer Angabe, für welche Teilleistungen der Bieter eine Weitervergabe an Nachunternehmer beabsichtigt, wobei eine Benennung der jeweiligen Nachunternehmer nicht erforderlich ist;
 Der Bieter kann sich zu a) und c) im Wege der Eignungslleihe zum Nachweis der Ausführung von vergleichbaren Leistungen im Bereich der Abbruchplanung bzw. der beruflichen Qualifikation auf Referenzen anderer Unternehmen bzw. den Qualifikationsnachweis gemäß § 47 Abs. 1 Satz 3 VgV nur dann berufen, wenn diese Unternehmen die entsprechenden Arbeiten selbst ausführen.
 Möglicherweise geforderte Mindeststandards:
 Bieter müssen zu a) mindestens eine Referenz des Büros, die sämtliche genannten Anforderungen erfüllt, vorweisen, sonst gelten sie als nicht hinreichend geeignet. Die Möglichkeit zur Eignungslleihe gem. § 47 Abs. 1 VgV bleibt hiervon unberührt.

III.1.5) **Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen**

III.2) **Bedingungen für den Auftrag**

III.2.1) **Angaben zu einem besonderen Berufsstand**

III.2.2) **Bedingungen für die Ausführung des Auftrags:**

1. Verpflichtungserklärung gemäß TVgG NRW zur Zahlung eines Entgelts mindestens in Höhe des allgemeinen Mindestlohns nach den Vorgaben des Mindestlohngesetzes für alle im Rahmen der Auftragsausführung in Deutschland tätigen Mitarbeiter (einschließlich Mitarbeiter von Nachunternehmern) sowie zur gleichen Entlohnung von Leiharbeitnehmern und regulär Beschäftigten bei gleicher Tätigkeit im Rahmen der Ausführung von Leistungen, die auf Grundlage dieses Vergabeverfahrens erbracht werden.

2. Verpflichtungserklärung zur Durchführung von Maßnahmen zur Frauenförderung und zur Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie gemäß TVgG NRW (gilt nur für Unternehmen mit mehr als 20 Beschäftigten).

Die genannten Erklärungen sind von dem Bieter, dem der Zuschlag erteilt werden soll, nach Aufforderung durch den AG vorzulegen. Die Frist hierfür wird mind. 3 und max. 5 Werkzeuge betragen. Die zugehörigen Vertragsbedingungen gemäß TVgG NRW bzw. RVO TVgG NRW werden im Auftragsfall Vertragsbestandteil.

III.2.3) **Für die Ausführung des Auftrags verantwortliches Personal**

Verpflichtung zur Angabe der Namen und beruflichen Qualifikationen der Personen, die für die Ausführung des Auftrags verantwortlich sind

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1) **Beschreibung**

IV.1.1) **Verfahrensart**

Verhandlungsverfahren

IV.1.3) **Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem**

IV.1.4) **Angaben zur Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer oder Lösungen im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs**

Abwicklung des Verfahrens in aufeinander folgenden Phasen zwecks schrittweiser Verringerung der Zahl der zu erörternden Lösungen bzw. zu verhandelnden Angebote

IV.1.5) **Angaben zur Verhandlung**

Der öffentliche Auftraggeber behält sich das Recht vor, den Auftrag auf der Grundlage der ursprünglichen Angebote zu vergeben, ohne Verhandlungen durchzuführen

IV.1.6) **Angaben zur elektronischen Auktion**

IV.1.8) **Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)**

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: ja

IV.2) **Verwaltungsangaben**

IV.2.1) **Frühere Bekanntmachung zu diesem Verfahren**

IV.2.2) **Schlussstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge**

Tag: 23/01/2018

Ortszeit: 08:00

IV.2.3) **Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber**

Tag: 30/01/2018

IV.2.4) **Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können:**

Deutsch

IV.2.6) **Bindefrist des Angebots**

Das Angebot muss gültig bleiben bis: 31/03/2018

IV.2.7) **Bedingungen für die Öffnung der Angebote**

Abschnitt VI: Weitere Angaben

VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags**

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

VI.2) **Angaben zu elektronischen Arbeitsabläufen**

VI.3) **Zusätzliche Angaben:**

Die Anforderung der Vergabeunterlagen und der Versand der Vergabeunterlagen erfolgt ausschließlich über die Vergabeplattform www.vergabe.metropoleruhr.de oder www.vergabe.nrw.de. Der Auftraggeber führt das Vergabeverfahren über die Vergabeplattform Vergabemarktplatz Metropole Ruhr. Die Auftragsbekanntmachung sowie die Vergabeunterlagen stehen Bietern gem. § 9

Abs. 3 Satz 2 VgV auch ohne Registrierung auf dieser Vergabeplattform zur Verfügung. Das Einreichen eines Angebotes mithilfe elektronischer Mittel über diese Vergabeplattform wird nicht zwingend verlangt, jedoch ausdrücklich empfohlen. Eine Registrierung bei der Vergabeplattform Vergabemarktplatz Metropole Ruhr ist für die weitere aktive Teilnahme, auch ohne dass das Angebot elektronisch eingereicht werden soll, zwingend erforderlich (§ 9 Abs. 3 Satz 1 VgV).

Erforderlich ist sie, weil seitens der Stadt Recklinghausen sämtliche Kommunikation im Rahmen des Vergabeverfahrens, hierzu gehört z.B. die Eingabe einer Bieterfrage und deren Beantwortung, mithilfe elektronischer Mittel über diese Vergabeplattform erfolgt.

Die Einreichung von Bieterfragen wird ausschließlich über die vom Auftraggeber gewählte Vergabeplattform zugelassen. Eine Beantwortung erfolgt ebenso ausschließlich über die vom Auftraggeber gewählte Vergabeplattform.

Erfolgt keine Registrierung, bedeutet dies, dass bei Abgabe eines (postalisch eingereichten) schriftlichen Angebotes, der Bieter selbst dafür verantwortlich ist, dass

die von ihm verwendeten Vergabeunterlagen bei Angebotsabgabe aktuell sind und sämtliche eventuell eingegangenen Änderungen bzw. Erläuterungen nach Bieterfragen berücksichtigt werden.

Der Bieter kann bei der Angebotsabgabe Erklärungen nach dem Tariftreue- und Vergabegesetz NRW mit abgeben. Die entsprechenden Formulare sind den Vergabeunterlagen beigelegt.

Wir weisen darauf hin, dass sich die Verpflichtungserklärung zu Tariftreue und Mindestentlohnung für Dienst- und Bauleistungen unter Berücksichtigung der Vorgaben des Tariftreue- und Vergabegesetzes Nordrhein-Westfalen (TVgG - NRW) zur Zahlung des vergaberechtlichen Mindestlohns nur auf Arbeitnehmer bezieht, die zur Erbringung der Leistung in der Bundesrepublik Deutschland eingesetzt werden.
Bekanntmachungs-ID: CXPSYD4YFVG

VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren**

VI.4.1) **Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren**

Vergabekammer der Bezirksregierung Münster
Albrecht-Thaer-Str. 9
Münster
48147
Deutschland
Telefon: +49 2514111691
E-Mail: ingeborg.diemon-wies@brms.nrw.de
Fax: +49 2514112165
Internet-Adresse: www.brms.nrw.de

VI.4.2) **Zuständige Stelle für Schlichtungsverfahren**

VI.4.3) **Einlegung von Rechtsbehelfen**

Genauere Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Ein zulässiger Nachprüfungsantrag bei der unter VI.4.1) genannten Vergabekammer kann allenfalls bis zur wirksamen Zuschlagserteilung erstellt werden. Eine wirksame Zuschlagserteilung ist erst möglich, wenn der Auftraggeber die unterlegenen Bieter über den Grund der vorgesehenen Nichtberücksichtigung ihres Angebots und den Namen des Bieters, dessen Angebot angenommen werden soll, in Textform informiert hat, und seit der Absendung der Information 15 Kalendertage (bei Versand per Telefax oder auf elektronischem Weg: 10 Kalendertage) vergangen sind. Ein Nachprüfungsantrag ist zulässig, soweit

- der Bieter den gerügten Vergaberechtsverstoß schon im Vergabeverfahren erkannt und gegenüber dem Auftraggeber unverzüglich, also ohne schuldhaftes Zögern (in der Regel innerhalb weniger Tage und auch in schwierigen Fällen längstens innerhalb von 14 Tagen) gerügt hat,
- Vergaberechtsverstöße, die aufgrund dieser Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in IV.3.4 genannten Frist gerügt werden, oder
- Vergaberechtsverstöße, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in IV.3.4 genannten Frist gerügt werden.

Teilt der Auftraggeber einem Bieter mit, dass er einer Rüge nicht abhelfen will, so kann der Bieter wegen dieser Rüge nur innerhalb von 15 Kalendertagen nach Eingang dieser Mitteilung einen Nachprüfungsantrag stellen.

VI.4.4) Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt

Vergabekammer der Bezirksregierung Münster

Albrecht-Thaer-Str. 9

Münster

48147

Deutschland

Telefon: +49 2514111691

E-Mail: ingeborg.diemon-wies@brms.nrw.de

Fax: +49 2514112165

Internet-Adresse:www.brms.nrw.de

VI.5) Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:

22/12/2017